

Die einfache Lösung für das Chaos in Europa:
Den Krieg gegen Russland nicht weiter anheizen!

Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen den Entschluss fassen, den Krieg gegen Russland nicht weiter anzuheizen und diplomatische Gespräche mit Moskau aufzunehmen.

23. Oktober 2026 | Finian Cunningham

Es gibt einen einfachen Weg, das soziale Chaos, das Europa erfasst hat, sowie den Krieg in der Ukraine, der den Kontinent zu verschlingen droht, zu lindern. Es ist eine einfache Lösung – und sie besteht nicht darin, Selensky auf Kosten der europäischen Steuerzahler noch mehr weißes Pulver in die Nase zu stopfen.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen lediglich den Entschluss fassen, den Krieg gegen Russland nicht weiter anzuheizen, und diplomatische Gespräche mit Moskau aufnehmen, um eine allumfassende Sicherheitsarchitektur zu schaffen (wie Russland bereits im Dezember 2021 vorgeschlagen hatte). Das wiederum wird die europäischen Nationen vor einer untragbaren Verschuldung bewahren, die durch Militarismus und die Stützung einer Kleptokratie in Kiew verursacht wird, deren Marionettenführer offensichtlich aufgrund seiner Kokainsucht immer weiter verfällt.

In ganz Europa gleichen Städte mittlerweile Kriegsgebieten: Massenproteste, öffentliche Spannungen, brennende Gebäude, geplünderte Geschäfte, Bereitschaftspolizei, die mit Schlagstöcken gegen Menschenmengen vorgeht, und maskierte Mobs, die Amok laufen. Frankreich ist am stärksten von der Gewalt auf den Straßen betroffen, aber auch Italien, Belgien und andere Länder. In Spanien und Portugal verwandeln sich die Städte im Zuge von Protesten gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Zeltlager.

In diesen Unruhen verliert man leicht das eigentliche Problem aus den Augen. Die Menschen leiden massenhaft unter wirtschaftlicher Not. Warum können ihre individuellen und sozialen Bedürfnisse nicht effizient und effektiv befriedigt werden? Warum gibt es scheinbar kein Geld, um kaputte Gesellschaften wieder in Ordnung zu bringen?

In Paris und Städten in ganz Frankreich werden Ausgangssperren verhängt, während Italien in Mailand Soldaten einsetzt, um einen Anschein von Ordnung wiederherzustellen. In den letzten Tagen kam es zu Tausenden von Festnahmen. Revolution liegt in der Luft, ebenso wie die bedrohliche Möglichkeit, dass sich vermeintlich demokratische Regierungen in polizeistaatliche Diktaturen verwandeln.

In dieser unberechenbaren, explosiven Situation ist es verlockend, nach Sündenböcken zu suchen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron tritt im nationalen Fernsehen auf und prangert „ultralinke Gruppen“ an, die seiner Meinung nach sinnlos versuchen, Frankreich zu zerstören.

Sogar US-Präsident Donald Trump mischt sich ein und behauptet, eine einst große Nation (Frankreich) werde „von Einwanderern, Dschihadisten und Kommunisten erobert“.

In den westlichen Medien gab es zudem die vorhersehbaren [Vorwürfe](#), Russland schüre die Unruhen in ganz Europa.

Eine weitere Ablenkungsstrategie besteht darin, die europäischen Regierungen als finanzschwach darzustellen, die nicht in der Lage seien, Abhilfe bei der Lebenshaltungskostenkrise und den sich verschlechternden öffentlichen Dienstleistungen zu schaffen. Regierungen und Medien neigen dazu, das Problem als eine Frage des Haushaltsausgleichs, überhöhter Sozialausgaben, einer alternden Bevölkerung oder anderer demografischer Faktoren zu definieren.

Die europäischen Staaten, so erklären uns die Experten, seien massiv verschuldet und stünden unter dem Druck der Anleihemärkte, die Sparmaßnahmen durch Kürzungen der öffentlichen Ausgaben zu verschärfen. Die Herausforderung für Frankreich und andere Regierungen bestehe darin, dass sie „nicht mehr über den finanziellen Spielraum verfügen, um diese Probleme einfach mit mehr Geld zu lösen“, wie es ein Kommentator formulierte.

Ein anderer Kommentator [beklagte](#): „Die handlungsunfähigen Regierungen scheinen keine Antwort auf die wütenden Forderungen der Öffentlichkeit zu haben, was weitere Unzufriedenheit wahrscheinlich macht.“

Mit anderen Worten, so wird uns gesagt, „es gibt keine Alternative zur Sparpolitik“, um die verstorbene britische Politikerin Margaret Thatcher zu paraphrasieren.

Doch diese Prämisse vermittelt trügerischerweise nur einen Teil der Wahrheit. Der entscheidende Teil, der dabei ausgelassen wird, ist, dass die Haushaltskrise der europäischen Regierungen größtenteils durch die rücksichtslose Umleitung von Geldern verursacht wird, um den Krieg in der Ukraine zu schüren und ihre eigenen Streitkräfte übermäßig auszubauen. Diese verschwenderische Fehlallokation von Ressourcen wird dadurch „gerechtfertigt“, dass Russland unerbittlich und absurd als „Bedrohung für Europa“ dämonisiert wird. Die Nachrichtenmedien spielen dabei die Rolle, diese Propaganda zu verstärken.

Die Medien hinterfragen nicht – geschweige denn decken sie auf –, wie Europas Volkswirtschaften durch eine Strategie des Stellvertreterkriegs gegen Russland erschöpft wurden, die darin bestand, sich von erschwinglicher russischer Energie, dem Lebenselixier der Industrie, abzuschotten und obendrein Hunderte von Milliarden an Schulden anzuhäufen, um das von Korruption durchdrungene Regime in Kiew zu stützen.

Dieses Regime verliert den Krieg gegen Russland, da ihm die Wehrpflichtigen für den Fleischwolf ausgehen. Dennoch sind die europäischen Regierungen darauf fixiert, diesen aussichtslosen Krieg mit immer mehr Finanzmitteln für das Regime am Laufen zu halten.

Kaja Kallas, die oberste EU-Diplomatin, hat diese Woche eine Ausflucht versucht, indem sie [behauptete](#), dass „die Ukraine ohne die europäische Unterstützung schon längst kapituliert hätte“. Dies ist ein stillschweigendes Eingeständnis, dass die EU und Großbritannien den Krieg anheizen.

Sie warf der Trump-Regierung zudem vor, die Ukraine zur Kapitulation gezwungen zu haben. In ihrer seelenlosen Sichtweise werden Diplomatie und Frieden als Kapitulation verhöhnt.

Den europäischen Gesellschaften werden finanzielle Mittel für lebenswichtige öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur vorenthalten – und das alles unter dem betrügerischen Vorwand,

die Ukraine in einem Krieg zu „verteidigen“, der sich nun schon fast fünf Jahre hinzieht. Ein Ende ist nicht in Sicht, wenn es nach dem Willen der europäischen Staats- und Regierungschefs geht.

Die nicht gewählte Bürokratie der EU hat dem Kiewer Regime allein für die Jahre 2026 und 2027 90 Milliarden Euro zugesagt, zusätzlich zu den bereits bewilligten über 200 Milliarden Euro. Diese Großzügigkeit reicht immer noch nicht aus. Die Selensky-Diktatur fordert die Auszahlung weiterer 70 Milliarden Euro, und die russophoben Eliten der EU drängen zeternd darauf, diesem Wunsch nachzukommen.

Kein Wunder, dass die europäischen Gesellschaften aufgrund von fehlenden Investitionen und weit verbreiteter Not infolge der explodierenden Lebenshaltungskosten sichtbar auseinanderfallen. Der gesellschaftliche Zusammenbruch ist eine direkte Folge einer Politik des Militarismus und des Krieges – einer Politik, die die Euro-Eliten ungestraft und ohne Rechenschaftspflicht betreiben. Das ist nach jeder Definition eine Diktatur.

Die Darstellung von finanziell angeschlagenen und hilflosen europäischen Regierungen ist eine Illusion. Die finanzielle Notlage ist kein natürlicher Zustand von Gesellschaften. Sie ist die Folge einer bewussten, kriminellen Politik der Kriegstreiberei.

Ersparen Sie uns also die Sündenbock-Taktik und die Ablenkungsmanöver. Ersparen Sie uns die Ausgangssperren und Forderungen nach Notstandsbefugnissen für den Polizeistaat, um „Hooligans und Extremisten“ einzudämmen. Diese Ablenkungsmanöver spielen der herrschenden Klasse in die Hände, die sich durch ihre Unterstützung des Krieges in der Ukraine, ihre Befürwortung der amerikanischen Aggression gegen den Iran und den Jemen sowie ihre Komplizenschaft beim israelischen Völkermord im Gazastreifen und im Libanon selbst delegitimiert hat.

Im Gegensatz zu den Politikern und Experten, die behaupten, es gebe „keine einfache Lösung“ für das Chaos, das in Europa ausbricht, gibt es diese sehr wohl. Es liegt an den europäischen Regierungen, den Krieg in der Ukraine nicht weiter anzuhetzen und die Gesellschaften tatsächlich entsprechend den demokratischen Erfordernissen zu führen.

Allerdings ist diese rationale und realisierbare Lösung unter dem derzeitigen politischen System wahrscheinlich unerreichbar. Die Eliten, die das System kontrollieren, sind nicht in der Lage, sinnvolle Reformen voranzutreiben. Sie werden keine diplomatischen Bemühungen unternehmen, um gemeinsam mit Russland eine friedliche Lösung für die Ukraine zu finden.

Und so scheint das Ergebnis entweder zu sein, dass sie die sich abzeichnende Diktatur festigen und die legitimen sozialen Forderungen des Volkes unterdrücken, oder dass sich das Volk durchsetzen wird, indem es die korrupten Regime, die sich als „demokratisch“ tarnen, hinwegfegt.